



Peter Hettlich

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Sprecher der Arbeitsgruppe Ost

Gründungsförderung in Ostdeutschland

Die Fakten:

- Die KfW Bankengruppe hat den Gründungsmonitor 2007 veröffentlicht. Darin wird das Gründungsgeschehen im Jahr 2006 in Deutschland analysiert.
- Das Gründungsgeschehen entwickelte sich deutlich rückläufig. So haben in 2006 nur noch 1,1 Mio. Personen eine selbständige Tätigkeit begonnen, gegenüber 1,3 Mio. Personen in 2005. Das ist der niedrigste Stand seit Start der Befragungen zum KfW-Gründungsmonitor (im Jahr 2000).
- Erstmals wurde das Gründungsgeschehen auf Bundesländerebene untersucht. Die ostdeutschen Flächenländer (mit Ausnahme Brandenburg – vermutlich wegen hoher Gründungsaktivität im „Speckgürtel“ um Berlin) weisen die niedrigsten Gründungsquoten auf (siehe Anhang 1).
- Die rückläufigen Gründungszahlen liegen zum großen Teil in der Abnahme der Gründungen aus Arbeitslosigkeit begründet. Aber auch die Zahl der aus volkswirtschaftlicher Sicht besonders wünschenswerten wissensintensiven und innovativen Gründungen ist zurückgegangen.
- 90% der Gründer haben einen Bedarf an Sach- und/oder Finanzmittel zur Finanzierung von Investitionen und Betriebsmittel.
- Der Anteil der Gründer mit sehr kleinen Mittelbedarf von unter 5.000 EUR (unter 10.000 EUR) beträgt nahezu 40% (60%), während nur 10% einen Mittelbedarf von über 50.000 EUR angeben.

Peter Hettlich, Sprecher der Arbeitsgruppe Ost erklärt dazu:

Die Ergebnisse des KfW Gründungsmonitor 2007 verleihen unseren Forderungen nach einer stärkeren und verbesserten Gründungsförderung in Ostdeutschland Nachdruck. Angesichts der weiterhin bestehenden Unternehmenslücke in Ostdeutschland sind die geringeren Gründungsquoten in den neuen gegenüber den alten Bundesländern und der weitere Rückgang eine Abnahme der Gründungen besonderes schwerwiegend.

Leider haben Teile der großen Koalition die staatliche Unterstützung für Gründungen aus Arbeitslosigkeit stigmatisiert, anstatt diese neuen Unternehmerinnen und Unternehmer als Motoren der Wirtschaftsentwicklung in den neuen Bundesländern zu betrachten und entsprechend zu fördern. Gleichzeitig wird an der subventionsgetriebenen Schaffung von Arbeitsplätzen kein Anstoß genommen, wie zum Beispiel an der Standortentscheidung von BMW für Leipzig oder an der Investitionszulage insgesamt. (Bezieher des ALG II sind nach der Abschaffung der Ich-AG nicht mehr berechtigt, den neuen Gründerzuschuss der Bundesagentur für Arbeit zu beziehen.) Die Ich-AG wurde in Ostdeutschland noch stärker als in Westdeutschland als Instrument zur Existenzgründung aus der Arbeitslosigkeit angenommen.

Die Abschaffung der Ich-AG ohne einen adäquaten Ersatz an niedrighschwellige Programme mit längerer Förderdauer und Förderbeträgen, die sich an den Kosten für ausreichende soziale Sicherung orientieren, war ein fundamentaler Fehler.

Die **Nachhaltigkeit von Existenzgründungen aus Arbeitslosigkeit** hängt maßgeblich von einer qualitativ hochwertigen Begleitung in Form von situationsorientierter Beratung und Förderung ab. Wir fordern den gezielten Aufbau von Informations- bzw. Erstanlaufstellen für Gründungswillige und die Erarbeitung eines Leitfadens für Kooperationen zwischen lokalen Gründerzentren und den ARGEen (Agenturen für Arbeit, optierenden Kommunen). Diese Kooperation sollten aus den Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (ko-)finanziert werden. Um die Erfolgsaussichten dieser GründerInnen zu verbessern, sollte diesen eine individuell angemessene Zeit zur Qualifizierung und Gründungsplanung (inkl. Markterkundung) eingeräumt werden. Der Vorrang der Vermittlung im SGB II und SGB III muss so geändert werden, dass in dieser Zeit andere Bewerbungs- oder Teilnahmepflichten für die GründerInnen in spe entfallen.

Für den Einzelnen ist es sehr aufwendig, die Qualität der Beratungsangebote zu bewerten. Aus diesem Grund müssen dringend Qualitätsstandards für die Gründungsberatung festgelegt und eine Qualitätstestierung eingeführt werden.

Um den **Zugang zu Finanzierungs- und Fördermitteln** zu verbessern, plant die KfW ab 2008 die Banken von jeglichen Ausfallrisiken bei der Vergabe von Mikrokrediten zu befreien. Schon jetzt gewährt die KfW den Banken eine 80%-igen Haftungsbefreiung und von 1.000 Euro. Wir lehnen dieses **Rund-Um-Sorglos-Paket** ab. Wofür sollten Banken dann noch eine Bearbeitungsgebühr bekommen. Es gibt kein Anreiz mehr, die Geschäftsidee und die Qualifikation des Gründers zu bewerten. Dies ist weder im Interesse des Gründers noch volkswirtschaftlich sinnvoll. Besser erscheint es uns, die Prozesskosten der Banken durch eine enge Kooperation zwischen Banken und spezialisierten Gründungsfördereinrichtungen zu senken. So können Finanzierung und Beratung mit einander verbunden und die Förderwirkung erhöht werden. Der Aufbau von regionalen Kooperationsnetzwerken zwischen Banken und spezialisierten Gründungsfördereinrichtungen und professioneller Organisationsstrukturen von Mikrofinanzinstitutionen in Ostdeutschland sollte verstärkt mit Mitteln aus der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und der EFRE-Fonds unterstützt werden.

Außerdem muss die **Kultur der Selbständigkeit** in Deutschland verbessert werden. Sowohl die persönliche Einstellungen zum Unternehmertum als auch die Einschätzung der eigenen Befähigung zur Selbständigkeit sind in Deutschland im internationalen Vergleich schlecht ausgeprägt. Dies ist ein komplexer und langwieriger Prozess. Schülerinnen und Schüler müssen außerdem die Chance haben, Kreativität und Experimentierfreudigkeit zu entwickeln und aus Fehlern zu lernen. Betriebswirtschaftlicher Unterrichtsinhalte in allen Schulen müssen gestärkt und mehr praktische Erfahrungen mit Unternehmertum vermittelt werden.

Das Positionspapier zur Gründungsförderung in Ostdeutschland der BTF Bündnis 90/Die Grünen finden Sie unter:

<http://www.gruener-aufbau-ost.de/index.php?id=176> oder

<http://www.gruene-bundestag.de/cms/beschluesse/rubrik/3/3814.htm> --> Beschluss Ostförderung

Die AG Ost wird Veranstaltungen zur Gründungsförderung in den neuen Bundesländern organisieren. Den Auftakt bildet eine Veranstaltung in Berlin am 11.09.2007.

Stand: 29.07.2007

Anhang 1

Die höchsten Gründerquoten sind in den Stadtstaaten Berlin (3,43 %) und Hamburg (3,16 %) gefolgt von den beiden (wohlhabendsten) Flächenstaaten Hessen (2,88 %) und Bayern (2,67 %), die niedrigsten Quoten in den ostdeutschen Ländern Sachsen (2,22 %), Sachsen-Anhalt (2,15 %), Thüringen (2,09 %) und Mecklenburg-Vorpommern (1,97 %) zu beobachten. Lediglich Brandenburg besitzt mit 2,61 % überdurchschnittlich hohe Gründerquote, was möglicherweise die Folge eines hohen Gründungsgeschehens in im Brandenburgischen Umland von Berlin ist.

Quelle: KfW Gründungsmonitor 2007, S. 29